

DER FEBRUAR 1948 IN DER TSCHECHOSLOWAKEI:
DER VORMARSCH DES KOMMUNISTISCHEN
TOTALITARISMUS UND DIE VERÄNDERUNG
DER GESELLSCHAFT

Fast möchte man für die großen Ereignisse in der Geschichte der Tschechoslowakei dankbar sein, die sich der Magie der Zahl acht entziehen. 2008 jagt ein Jahrestag den nächsten: Die Gründung der Tschechoslowakei im Oktober 1918 jährt sich ebenso wie die Zerstörung dieses Staates, die vom „Münchener Abkommen“ von 1938 besiegelt wurde. Sechzig Jahre sind seit der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 vergangen, vierzig seit 1968 und dem Versuch, das nach 1948 etablierte System zu reformieren und in einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu verwandeln.

Diese Serie von Jubiläen, die mit einer nahezu unüberblickbaren Zahl von Veranstaltungen begangen wird, in einem übergeordneten Zusammenhang zu betrachten, ist das Ziel des Konferenzzyklus „České křižovatky evropských dějin“ (Tschechische Scheidewege der europäischen Geschichte), der vier Veranstaltungen in Prag umfasst. Eröffnet wurde dieser Zyklus mit der Tagung „Únor 1948 v Československu: nástup komunistické totality a proměny společnosti“ (Der Februar 1948 in der Tschechoslowakei: Der Vormarsch des kommunistischen Totalitarismus und die Veränderung der Gesellschaft), die vom 25. bis 27. Februar im Liechtensteinpalais auf der Prager Kleinseite stattfand. Die Veranstaltung war als Koproduktion des Prager Instituts für Zeitgeschichte, des tschechischen Nationalarchivs und des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften im besten Sinne tschechoslowakisch.

War die ähnlich groß angelegte Konferenz zum 50. Jahrestag im Jahr 1998 primär auf die Vorgeschichte der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei zugeschnitten gewesen, wobei den internationalen Rahmenbedingungen besondere Aufmerksamkeit gegolten hatte, richtete sich das Augenmerk nun auf die Folgewirkungen des „Februar 1948“ für die tschechoslowakische Gesellschaft. In verschiedenen parallel laufenden Sektionen wurden nahezu alle Bereiche von Staat und Gesellschaft diskutiert, als ein Schwerpunkt kristallisierte sich jedoch das Themenfeld „Repression und Verfolgung“ heraus (hier besonders beeindruckend die Präsentation eines gemeinsam mit Studenten der Universität Liberec durchgeführten regionalgeschichtlichen Projekts zu den Prozessen der 1950er Jahre von Kateřina Lozoviuková). Neben Unterdrückung und Widerstand – den Forschungsthemen, die die ersten Jahre zeitgeschichtlicher Aufarbeitung nach 1989 dominiert hatten – wurden in Beiträgen zu einzelnen gesellschaftlichen Sphären und Akteuren aber auch eine Reihe neuerer partei-, organisations- und gesellschaftsgeschichtlicher Forschungsprojekte präsentiert. Unter anderem wurden die Rolle des Parlaments (Jan Dobeš) nach dem Februar 1948 und die Entwicklung nicht-kommunistischer Parteien (Jan Pešek, Michal Pehr, Marek Srný) skizziert. Am konkreten Beispiel wurde gezeigt, wie die Nationalausschüsse den Übergang von der halbdemokratischen zur stalinistischen Volksrepublik mitgestalteten (David Kovařík), während andere neue Institutionen wie der „Tschechische Nationalrat“ ihrer politischen

Bedeutung beraubt wurden (Zdeněk Kokoška). Eine Teilsektion war der Armee und den Geheimdiensten gewidmet, eine andere der Entstehung und dem Wirken von Exilorganisationen. In mehreren Beiträgen wurden auch der Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Transformation sowie das Agieren einer politisierten Staatsverwaltung bei der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft beleuchtet (Drahomír Jančík, Miroslav Londák, Eduard Kubů, Jiří Šouša, Pavel Dufek, Dušan Janák).

In diesem Panorama blieb – obgleich die kommunistische Partei (KPTsch), ihre führenden Figuren und ihre Politik den Hintergrund aller Referate bildeten – das Machtzentrum selbst allerdings weitgehend ausgeblendet. Explizit mit der KPTsch als Akteurin befassten sich nur wenige Vorträge. Und allein Ondřej Matějka unternahm es in seinen Ausführungen über die letzten Endes erfolgreichen Bemühungen der kommunistischen Staatsmacht, das tschechische evangelische Milieu für sich einzunehmen, die mitunter auch widersprüchliche Gemengelage von Interessen und Motiven zu entwirren, die die Beziehungen zwischen kommunistischer Partei und Gesellschaft im Alltag ausmachte. In seinem quellengesättigten Beitrag zeigte er das Nebeneinander von Anpassungsbereitschaft, Eigensinn und Resistenz in der evangelischen Kirche und ihrem Umfeld während der späten 1940er und frühen 1950er Jahre, von Strategien des Werbens, der Vereinnahmung und der Unterdrückung von Seiten des Staates.

Staatliches Agieren zwischen Repression und Ausgrenzung auf der einen, Werben und Integrieren auf der anderen Seite wurde auch im Panel über das Grenzland sehr anschaulich vermittelt (Tomáš Dvořák, Helena Nosková, Adrian von Arburg, Ondřej Koutek, David Weber). In diesem Gebiet, das als „Labor für die sozialistische Gesellschaft“ fungieren sollte und doch schon bald nach Kriegsende zu einer der Problemzonen der Republik avancierte, wuchs die Kluft zwischen propagierten Zielen und der tatsächlichen Lage besonders rasch. Dass keineswegs eine gerade Linie vom „Februar 1948“ zu der Integration als abweichend definierter Gesellschaftsgruppen führte, konnte Adrian von Arburg am Beispiel der Politik gegenüber den Deutschen überzeugend nachweisen. Wenn den Deutschen in der Tschechoslowakei in den 1950er Jahren die Staatsbürgerschaft zurückgegeben wurde, dann geschah dies nicht als Resultat einer langfristig angelegten Integrationsstrategie oder gar in der Folge ideologischer Aufweichungsprozesse, sondern weil schlicht die Mittel zur Durchsetzung einst formulierter Gesellschaftskonzepte fehlten.

Auch in anderen Bereichen mussten hochfliegende Hoffnungen bald nach 1948 nach unten korrigiert werden: Kultur- und Bildungspolitik stießen an Grenzen, die von den materiellen Ressourcen, aber auch von der Begeisterungs- und Mobilisierungsfähigkeit der Gesellschaft gesetzt wurden. Mitunter war es aber auch gar nicht einfach, eine neue, sozialistische Elite zu rekrutieren. So berichtete Zdeněk Kaška in seinem Beitrag über den ersten Parteilehrgang im Bezirk Brünn I im Jahr 1949/50 nicht nur über die zahlreichen Schwierigkeiten und den beschwerlichen Alltag der Schüler, sondern auch davon, dass die Lehrer diesen in ihrem Wissen oft nur einen Schritt voraus waren und mit den gleichen Sorgen und Mängeln zu kämpfen hatten.

Die hässliche Fratze des von der Geschichte überholten Kapitalismus und seiner ungebremst imperialistischen politischen Führungsgarnitur – wie sie in der zeit-

genössischen Presse dargestellt wurde – führte Petr Karlíček am Beispiel zahlreicher Karikaturen vor. Das Gegenbild – den „neuen sozialistischen Menschen“ – untersuchte Zdeněk Nebřenský in einem asynchronen Vergleich mit der postrevolutionären Sowjetunion. In der Tschechoslowakei galt, so seine These, in der Folge von Krieg und Okkupation die bürgerliche Gesellschaft, als deren logische Konsequenz der Faschismus interpretiert wurde, weithin als diskreditiert. Die soziale Ordnung der Vorkriegszeit und ihre Spielregeln wurden fundamental in Frage gestellt. Das galt auch für das Verhältnis zwischen Mann und Frau, dessen revolutionäre Neudefinition – wie Dana Musilová es formulierte – „Glanz und Elend“ für die tschechische Emanzipationsbewegung brachte. Vor allem aber, das bewies die reich bebilderte Präsentation von Denisa Nečasová, war auch den Parteiideologen nicht klar, wie und was die „neue sozialistische Frau“ eigentlich sein sollte – Mutter, Arbeiterin, Kämpferin für Frieden und Sozialismus – und wie sich diese verschiedenen Rollenbilder vereinbaren lassen sollten. Eine eigenständige Konzeption hat die Tschechoslowakei nach 1948 hier nicht hervorgebracht. Emanzipatorische Impulse erreichten die Frauen, die verschiedenen Aufgaben zugleich gerecht werden sollten, die sie oben-drein oft nicht selbst gewählt hatten, nur partiell.

Konferenzen zu großen Themen kann man immer Lücken und Leerstellen vorhalten, auch für diese Veranstaltung hätten sich mühelos weitere Panels konzipieren lassen. In seinem abschließenden Statement listete Jiří Kocian eine ganze Reihe fehlender Aspekte und ausstehender Forschungen auf und entwarf damit in gewisser Weise ein Programm für die kommenden Jahre. Diese zweite große Tagung über den „Februar 1948“ seit dem Ende des Staatssozialismus, der Neugründung der Zeitgeschichte und der (partiellen) Öffnung der Archive seit den 1990er Jahren war auch eine Bestandsaufnahme der tschechischen und slowakischen Forschungen zur Etablierungsphase des Stalinismus. Hier begegneten sich Erinnerungen von Zeitzeugen, klassische politik- und beziehungsgeschichtliche Interpretationen, regional- und lokalhistorische Ansätze sowie laufende kultur- und alltagsgeschichtliche Projekte. Für die Diskussion dieser sehr unterschiedlichen Zugänge blieb allerdings kaum Zeit. Bedauerlich war auch, dass die in den letzten Jahren entwickelten Projekte zur ideologischen und organisatorischen Entwicklung von Kommunismus und Sozialismus in der Tschechoslowakei schwach vertreten waren.

Für ein weiteres Themenfeld, das das Konferenzprogramm nur am Rande berücksichtigt hatte, konstatierte Vojtěch Mastný indessen geringe Relevanz: Kurzfristig, so Mastný, habe der tschechoslowakische Februar die Weltöffentlichkeit erschüttert, die Parlamentswahlen in Italien und die laufenden Verhandlungen zwischen der UdSSR und Finnland hätten spürbar unter dem Eindruck der Prager Ereignisse gestanden. Langfristig allerdings habe die internationale Bedeutung der Tschechoslowakei fortan vor allem darin bestanden, bedeutungslos zu sein.

Die Geschichte der kommunistischen Partei ist sicher eines der großen Themen der nächsten Jahre. Kultur-, Alltags- und Gesellschaftsgeschichte der kommunistischen Epoche haben ebenfalls einen viel versprechenden Anfang genommen. Die großen Zusammenhänge und langfristig wirksamen Transformationsprozesse in der Geschichte der Tschechoslowakei, die von den durch die notorische Acht markierten Umbrüchen oft fast verdeckt werden, offen zu legen, stellt eine weitere Heraus-

forderung dar. Der Auftakt des Konferenzzyklus hat somit thematische Achsen erneut verdeutlicht, die sich mit Gewinn sowohl zurück in die Erste Republik als auch nach vorne in die sozialistischen Jahre verlängern lassen.

München

Christiane Brenner